



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger ein neues Europäisches Parlament gewählt. Mit ihrer Stimmabgabe haben die Menschen in den 28 EU-Mitgliedsländern entschieden, wer ihre Interessen in Straßburg und Brüssel wahrnimmt und wer auf europäischer Ebene auch die lokalen Belange vertritt. Zeitgleich fanden in zehn deutschen Bundesländern Kommunalwahlen statt. Am Wahltag wurden somit zwei Phänomene unseres politischen Alltags deutlich: die Europäisierung und die Dezentralisierung.

Der Bedeutungsgewinn der europäischen Ebene ist unbestritten. Daran hat das inzwischen zum achten Mal direkt gewählte Europäische Parlament einen großen Anteil. Dass die Europäisierung nicht nur Bereiche wie Mobilität, Bildung oder Verbraucherschutz positiv beeinflusst, zeigt Gerrit F. Schломach in dieser Ausgabe anhand der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Den Abgeordneten bestätigt er eine „gestärkte Rolle im EU-Institutionengefüge“ und bei der Mitgestaltung der GSVP. Die größere Kompetenzfülle haben allerdings weiterhin die Nationalstaaten. Daran wird sichtbar, wie zentral das Subsidiaritätsprinzip als Bindeglied zwischen Europäisierung und Dezentralisierung ist.

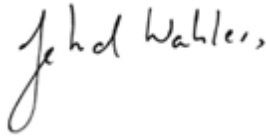
Genauso wie die europäischen Strukturen gehört die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zum Selbstverständnis unserer Demokratie. Durch Dezentralisierung werden Ressourcen und Befugnisse zwischen der zentralen und den unteren Ebenen eines Staates effizient aufgeteilt. Ohne die Einbindung der Regionen, Städte und Gemeinden in den politischen Entscheidungsprozess würde ein wichtiges Instrument der Machtverteilung und der -kontrolle fehlen, bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement hätten einen schweren Stand.

Vor der Aufgabe, die Interessen jener staatlichen Ebenen auszubalancieren, stehen insbesondere Länder, die eine politische Umwälzung erfahren, oder jene, die von inneren Krisen erschüttert werden. Für einige Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika trifft seit dem Umbruch in der arabischen Welt beides zu. Tunesien bietet dafür ein gutes Beispiel. Dezentralisierung eröffnet in dieser Hinsicht Chancen, regionales Wachstum zu fördern und gleichzeitig ein breit aufgestelltes Akteursfeld aus Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in die Politikgestaltung einzubinden. Wie Maximilian Benner in seinem Beitrag herausstellt, wird die dezentrale Regionalpolitik Tunesiens letztlich daran gemessen, „inwieweit sie die ökonomischen Perspektiven der Bevölkerung auch in peripheren, strukturschwachen Regionen verbessert und Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt schafft. Gelingt dies, wäre das ein hoffnungsvolles Zeichen für strukturschwache Regionen im gesamten Raum des Nahen Osten und Nordafrikas.“

Auch im bevölkerungsreichsten Land Afrikas – Nigeria – sorgen die Entwicklungsunterschiede zwischen den verschiedenen Landesteilen für Spannungen, die sich bis hin zu Separationsbewegungen zugespitzt haben. Zudem fordern islamistische Gruppen die Zentralregierung heraus, die jüngsten Anschläge der Terrororganisation Boko Haram belegen dies nur zu deutlich. „In Anbetracht der anhaltenden Probleme von Armut, Unsicherheit, Gewalt und Korruption“, fragt Mathias Kamp in dieser Ausgabe: „Wie kann dieses hoch komplexe, zum Teil fragile und widersprüchliche Gebilde der Nation Nigeria auch in Zukunft zusammengehalten werden?“ Seiner Einschätzung nach liegt die Antwort in einer Reform des föderalen und dezentralen politischen Systems.

Ein nachhaltiger Entwicklungsprozess hängt von vielen Faktoren ab: ganz besonders aber von den Rahmenbedingungen, die wirtschaftliches Wachstum und unternehmerische Eigeninitiative fördern, sowie Freiräume zur Interessenartikulation und politischen Einflussnahme eröffnen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist Dezentralisierung dabei ein wichtiges demokratieförderndes Instrument, für das wir uns gemeinsam mit unseren Partnern in zahlreichen Ländern stark machen. Denn politische Mitsprache beginnt vor

Ort. Dafür sind institutionelle Voraussetzungen unabdingbar, sodass Regional- und Kommunalpolitik tatsächlich dort verantwortet wird, wo sie Wirkung zeigen soll.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

[gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)